

## Erklärung von J. Varwick zur Mitarbeit in der BSW-Grundwertekommission

Ende April 2026 bin ich gemeinsam mit 13 Persönlichkeiten aus unterschiedlichen Bereichen in die [Grundwertekommission des BSW](#) berufen worden. Wissenschaftliche Politikberatung gehört zu meinem Selbstverständnis als Politikwissenschaftler und ich habe in den vergangenen Jahrzehnten unterschiedliche Parteien, Fraktionen, Ministerien, Verbände, Organisationen und PolitikerInnen beraten – und werde das auch weiterhin tun. In einer Grundwertekommission einer Partei war ich bisher nicht. Auch wenn ich kein Mitglied des BSW bin, steht mir die junge Partei in einigen mir wichtigen Fragen politisch nahe, in anderen sehe ich noch Klärungsbedarf. In jedem Fall nehme ich eine Repräsentationslücke im parteipolitischen Spektrum wahr, die durch das BSW kleiner werden könnte. Eine junge Partei ist immer ein Experiment mit offenem Ausgang. Die Richtung und auch deren Erfolg werden maßgeblich von denen bestimmt, die bereit sind, sich aktiv im BSW zu engagieren. Solcherlei parteipolitisches Engagement hat meinen hohen Respekt und das ist ein wertvoller Dienst an der Demokratie, aber ich selbst werde nicht in diesem Sinne parteipolitisch aktiv.

Ich gehöre dieser Kommission als [Privatperson](#) an. Meine berufliche Tätigkeit als Hochschullehrer werde ich unter Beachtung der beamtenrechtlichen Grundsätze strikt von dieser ehrenamtlichen Beratungstätigkeit trennen. Auch wenn ich es als Politikwissenschaftler gewohnt bin, allein der „Wahrheit“ verpflichtet zu sein: Gegenstand der Politikwissenschaft ist das Politische und da gibt es, anders als in den Naturwissenschaften, wenig allgemeingültige Wahrheiten, aber sehr unterschiedliche normative Grundlagen, Interessen und Argumentationslinien. Kant definiert in der „Kritik der reinen Vernunft“ das Fürwahrhalten gestuft als Meinen, Glauben und Wissen. Maßgeblich sind dabei zwei Kriterien: Subjektive Zureichendheit (innere Überzeugung) und objektive Zureichendheit (allgemein nachvollziehbare, beweisbarkeitstaugliche Gründe). In politischen Beratungstätigkeiten verschwimmt diese Unterscheidung zwangsläufig, aber ich werde darauf achten, sie nicht aufzugeben.

Die Kommission ist plural und heterogen und wir werden kontrovers zu unterschiedlichen Themen beraten. Mir liegt daran, dass substanzreiche und sachliche Debatten geführt und die Programmatik des BSW in diesem Sinne geschärft wird. Ich werde mich nicht in Mithaftung nehmen lassen für Inhalte, die ich nicht vertreten kann und will, aber zugleich offen und aktiv an den Beratungen mitwirken. Schwerpunkt für mich wird der Bereich Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sein, aber es geht darüber hinaus um ein breiteres Feld strategischer Grundsatzfragen der deutschen Politik in ganz unterschiedlichen Themenfeldern.

Die Kommission wird von Sahra Wagenknecht geleitet, zugleich hat das BSW beschlossen, den Namen der Partei in „Bündnis für Soziale Gerechtigkeit und Wirtschaftliche Vernunft“ zu ändern und nach den Landtagswahlen im Herbst 2026 offiziell zu führen. Am 28.04.2026 hat sich die Gruppe konstituiert, die laut Satzung des BSW die Aufgabe hat, „die ideellen und programmatischen Grundlagen der Partei weiterzuentwickeln und zu sichern“. [Parteivorstand](#) und Präsidium des BSW „sollen vor bedeutsamen Beschlüssen eine Stellungnahme von der Kommission einholen“. BSW Ko-Parteichef [Fabio De Masi sprach](#) von „wichtigen Stimmen in Deutschland“, die mit der Grundwertekommission versuchen würden, politische Impulse zu setzen. Das Gremium solle dem BSW „nicht nach dem Munde reden, aber dazu beitragen, dass andere Stimmen gehört werden“. Daran will ich mitwirken.

*Berlin, 01.05.2026*